



Foto: Pressestelle Bezirksamt

Gemeinsamer Betriebsbesuch mit Frau Simone Dreblow, Geschäftsführerin des Lichtenberger Wirtschaftskreises bei der Bärenmenü GmbH, Sewanstraße 200

Das Beste für Lichtenberg herausholen

Haushaltsberatungen begannen

Angesichts der 46 Milliarden Euro Schulden, die Berlin hat, bleibt den Bezirken kaum Handlungsspielraum für die Aufstellung ihres Haushalts. Trotzdem muss versucht werden, „das Beste für die Lebensbedingungen der Menschen in Lichtenberg herauszuholen!“ Mit dieser Position ging PDS-Fraktionsvorsitzender Dr. Bernd Ihme in die erste Lesung des Haushaltsplanentwurfes 2004/2005, den das Bezirksamt den Bezirksverordneten am 27. August auf ihrer 21. Tagung unterbreitete.

Dr. Ihme bekannte sich namens seiner Fraktion zu dem Ziel, das von der BVV zu beschließende Dokument pünktlich zum 15. Oktober beim Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses einzureichen.

Der PDS-Sprecher hob u. a. hervor, dass es seiner Partei in der Rot-Roten Koalition während der Haushaltsverhandlungen gelungen war, die Globalsumme der Bezirke für einige wichtige Bereiche, z. B. Hilfen zur Erziehung, aufzustocken. Der einstimmig im Bezirksamt beschlossene Entwurf ma-

che keine Abstriche am kommunalen Leistungsangebot. Die Förderung freier Träger bleibe im bisherigen Umfang erhalten. Einsparungen erfolgten vorrangig durch die Reduzierung von Kosten. Dr. Ihme wörtlich: „Diesen Ansatz unterstützt meine Fraktion. Inwieweit er real durchgehalten werden kann, wird zu prüfen sein.“

Das werde nicht leicht angesichts der bekannten Probleme: Stellenabbau, Standortverlagerung von Einrichtungen, Grünflächenpflege, Straßeninstandsetzung ...

Deutlich wandte sich der PDS-Fraktionsvorsitzende gegen das „Heiligsprechen der Berechnung nach Medianen (durchschnittlichen Kosten) jenseits aller politischer Zielsetzung“. Mit fünf Bürgerämtern habe Lichtenberg Vorgaben des Senats vorbildlich umgesetzt, dürfe jetzt dafür jedoch nicht finanziell bestraft werden.

In die Haushaltsberatungen geht die Fraktion der PDS mit folgenden Prämissen:

- Gewährleistung der sozialen Absicherung der Bürgerinnen und Bürger,
 - mehr direkte Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bei der Entwicklung Lichtenbergs zur Bürgerkommune,
 - Absicherung des bezirklichen Angebots in den Bereichen Soziales, Bildung und Kultur, Jugend- und Seniorenarbeit,
 - weitere Realisierung der Lokalen Agenda, verbesserte Wohn- und Lebensbedingungen und gesunde Umwelt,
 - Schaffung von Arbeitsplätzen durch das Projekt Stadtraum Ost und durch Unterstützung von Wirtschaft, Handwerk und Handel.
- J. Pampel/M. Walter

Wirtschaftspolitik im Bezirk

von Dr. Andreas Prüfer (PDS), Bezirksstadtrat für Wirtschaft und Immobilien

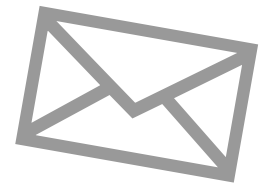
Die 10. Lichtenberger Wirtschaftstage machten erneut deutlich: Wirtschaftspolitik im Bezirk zu gestalten heißt vor allem, Potenziale aufzuzeigen, mit Unternehmen im Gespräch zu sein, deren Probleme zu erkunden, Beratung anzubieten und Unterstützung zu vermitteln. Lichtenberg bietet gute Möglichkeiten für Wirtschaftsansiedlungen und Investitionen aller Art. Das sind unsere zwölf Gewerbegebiete, aber auch die gewachsenen Strukturen von Handel und Handwerk.

Der Bezirk ist vor allem auch durch Wissenschaftereinrichtungen geprägt. Hier wirken vier Fachhochschulen sowie eine Reihe medizinischer Einrichtungen.

Wir betreiben aktives Standortmarketing, werben intensiv für Ansiedlungen. Wirtschaftliche Entwicklung wird aber vor allem daran zu messen sein, wie es gelingt, vorhandene Unternehmen zu unterstützen. Bei zahlreichen Besuchen habe ich erlebt, welchen wichtigen Beitrag kleine und mittlere Unternehmen für die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen leisten. Mit Regionalmanagement oder Stadtmarketing schaffen wir Grundlagen für eine erfolgreichere wirtschaftliche Entwicklung und verbessern auch unsere Möglichkeiten, etwas gegen Arbeitslosigkeit zu tun. Bezirkliche Wirtschaftsförderung soll Unternehmen helfen, im Stadtraum Partner zu finden, durch Erfahrungsaustausch und Kooperation eine Vernetzung zu erreichen, die langfristige Stabilität sichert.

In dieser Ausgabe

- PDS-Bundestagsabgeordnete Dr. Gesine Löttsch zum Sozialabbau (Seite 3)
- Erkannte Tricks des AA (Seite 4)
- Aus der PDS-Fraktion (Seite 5)
- „info links“ befragte Leser (Seite 7)



Herzlichen Glückwunsch!

UNDINE in der Hagenstraße 57 nahe dem Bahnhof Lichtenberg hat in diesem Jahr viel zu feiern. Das Sozialwerk des demokratischen Frauenbundes und mit ihm das Wohnprojekt UNDINE bestehen seit zehn Jahren. Gefeiert wurde dieses Jubiläum auf vielfältige Art: mit Konzerten, Ausstellungen, festlicher Mitgliederversammlung und großem Sommerfest.

Was ist es, das es so vielfältig zu feiern gab? Vor zehn Jahren nahmen mutige und entschlossene Frauen um Regina Penske und Eva Rohmann einen nicht unbeträchtlichen Kredit auf, um aus einem ehemaligen Schwesternwohnheim einen Ort des Neuanfangs und der Hoffnung für obdachlose oder von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen zu schaffen.

Das Mittelganghaus hat nur kleine Räume und war für Interessenten an größeren Wohnungen nicht attraktiv. Kommt man heute von der Lichtenberger Brücke, strahlt einem die weiße Fassade schon entgegen. UNDINE ist inzwischen eines der sozio-kulturellen Zentren im Bezirk und anerkannter Beschäftigungsträger. Hunderte Menschen fanden hier im Laufe der Zeit qualifizierte Beschäftigung.

Wer bei einer der Veranstaltungen in diesem Jahr war, konnte erleben, wie eng UNDINE mit vielen Organisationen und Menschen in unserer Stadt verbunden ist. Zur feierlichen Mitgliederversammlung kamen Gäste aus Politik, Sozialverbänden und



Foto: privat

Kultur. So gratulierten die Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner, Bürgermeisterin Christina Emmrich, Christa-Maria Blankenburg, die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Berlin, Schirmherrin Dagmar Frederic, die Schriftstellerin Gisela Steineckert, MdB Dr. Gesine Löttsch ... Aber auch Arbeitsamt, Vertreter der Wohnungsbaugesellschaft und zahlreiche Lichtenberger Bürgervereine kamen.

In der Broschüre zum zehnjährigen Bestehen schildern Bewohner, wie sich ihr Le-

Gesine Löttsch und Steffi Schulze (beide PDS) beim UNDINE-Hoffest

ben durch UNDINE verändert hat. Sie beschreiben die kontinuierliche, konsequente Unterstützung durch die Betreuerinnen, aber auch die Möglichkeit, in Würde und zunehmender Selbständigkeit zu leben.

Am 16. November um 11 Uhr findet übrigens das diesjährige Benefizkonzert im Theater Karlsruh statt. (Kartenbestellung unter: 577 99 40) GGor

Tradition wieder beleben

Das Wartenberger Erntefest knüpft an eine alte Orts-Tradition an. Jedes Jahr war es für viele Wartenberger und noch mehr Gäste aus der Umgebung und aus anderen Berliner Bezirken ein fröhliches Ereignis, an dem sie gern teilnahmen. Viele Verkaufsstände boten landfrische Ware feil. Es traten Künstler auf, und Rummel für die Kinder gab es auch.

Anfang des Jahres konstituierte sich unser Senioren-Kiez-Aktiv (Grenze zu Falkenberg und Malchow, Falkenberger Chaussee und S-Bahn); es will sich für die Belange unserer Mitbürger einsetzen.

Ein Höhepunkt soll das Erntefest werden, das wir gemeinsam mit dem „Lebensmut – Verein für Dialog und selbstbestimmte Lebensgestaltung“ sowie dem Wartenberger Sportverein vorbereiten.

Das diesjährige Wartenberger Erntefest findet statt am 3. Oktober 2003 (10–17 Uhr) auf dem Platz des Wartenberger Sportvereins am Fennpfluhweg.

Aus dem Angebot: Gestalten mit der Jugendkunstschule, Darbietungen der Schüler der Musikschule Fröhlich, Schauvorführungen der Judoschule, Fitnessclub, Reiterhof, Seidenmalgruppe, Buchhandlung „La Chispa“, viel Musik und Spaß mit zahlreichen Darbietern. Auch für das leibliche Wohl wird gesorgt.

Das Erntefest soll ein Volksfest auch im Rahmen des „Tages der Regionen“ (5. Oktober) werden. Alle Lichtenberger, alle Berliner sind herzlich eingeladen.

Dietrich Waschan

Nach schwerer Krankheit verstarb **Genossin Dr. Irina Friedrich**

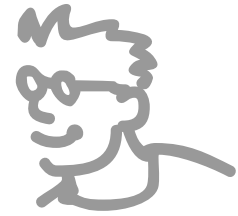
Irina war jahrelang ehrenamtliche Mitarbeiterin unserer Geschäftsstelle. Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.

Der Bezirksvorstand der PDS

Um den BVV-Preis getraht

Auch das Rennen um den Preis der BVV beim Familienrenntag auf der Karlsruhster Trabrennbahn am 31. August war ein voller Erfolg. Die PDS-Fraktion hatte am Rande der 21. Tagung der Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung dem Vorsteher symbolisch 573 € – den Anteil der 32 PDS-Bezirksverordneten an den für diese Traberrunde gestifteten 950 € – übergeben.

„Für uns, die wir uns seit Jahren um den Erhalt und die Entwicklung des Areals an der Wuhlheide bemühen, sind die Absichten des Mariendorfer Trabrennvereins zum Umzug nach Karlsruh eine gute Nachricht“, sagte Jürgen Steinbrück. „Die Gestaltung dieses nun schon traditionellen Familienrenntages – und darin eingebettet der Preis der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg – ist eine besondere Möglichkeit, konkret unter Beweis zu stellen, dass wir es Ernst meinen mit dem Erhalt und der Entwicklung des Karlsruhster Pferdesportzentrums.“ J. Pampel



Sozialreform? – Sozialabbau!

von Dr. Gesine Löttsch, Mitglied des Deutschen Bundestages

Am 13. August traf sich das Bundeskabinett zum ersten Mal nach der Sommerpause, um neuerlich soziale Einschnitte zu beschließen. Bundeskanzler Schröder rühmte im ARD-Interview die Bedeutung der Beschlüsse: „Das ist eine der größten Sozialreformen, die wir in der Geschichte der Bundesrepublik überhaupt hatten.“ Hätte Schröder nicht statt ‚Sozialreform‘ ‚Sozialabbau‘ sagen sollen?

Jeden Tag kommt von Politikern aus Regierungs- oder Konsensrunden, aus Kommissionen oder Instituten ein neuer Vorschlag. Kaum haben die Menschen die eine einschneidende Maßnahme auch nur halbwegs verstanden, wird schon die nächste verkündet. Fest steht aber in jedem Fall eins: Die Umverteilung von unten nach oben geht weiter – und das immer schneller. Ja, es ist nicht übertrieben zu sagen, immer mehr Menschen werden verarmen.

Eine besonders einschneidende Maßnahme besteht in der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Das eigentliche Problem, dass nämlich mehrere Millionen Arbeitsplätze fehlen, wird nicht angesprochen. 4,3 Millionen Menschen sind arbeitslos. Bei der Bundesanstalt für Arbeit sind aber lediglich 350 000 freie Stellen gemeldet.

Dass die Arbeitslosigkeit im Osten mehr als doppelt so hoch wie im Westen ist, weiß inzwischen fast jeder. Dass aber im Osten wesentlich mehr Menschen auf die geringere Arbeitslosenhilfe angewiesen sind, ist

nicht so bekannt. Das bedeutet für die Betroffenen, dass sie mit durchschnittlich 483,75 € im Monat auskommen müssen. Frauen, die Arbeitslosenhilfe erhalten, müssen sich sogar mit durchschnittlich 430,58 € im Monat behelfen. Nun will die rot-grüne Regierung diesen ohnehin bescheidenen Standard noch weiter drücken. Die Arbeitslosenhilfe soll auf das Niveau der Sozialhilfe gesenkt werden. Das bedeutet nicht nur noch weniger Geld für den Einzelnen, sondern für viele gar nichts mehr. Denn die Kriterien für den Bezug von Sozialhilfe sind sehr eng. Nicht nur das eigene Ersparte und Ererbte wird verrechnet, sondern auch Partner und Verwandte werden herangezogen. Wie aus den zuständigen Ministerien zu hören ist, werden die Regelungen über die Einbeziehung Dritter wesentlich verschärft. Die Hälfte derjenigen, die jetzt Arbeitslosenhilfe bekommen, wird dann gar kein Geld mehr sehen. Dass damit Familien und Partnerschaften nicht nur finanziell, sondern auch psychisch belastet werden, liegt auf der Hand.

Für die Kommunen – also auch für unseren Bezirk Lichtenberg – bedeuten die neuen Regelungen, dass sich die verschiedenen Verwaltungen auf Dinge vorbereiten müssen, die morgen vielleicht schon wieder ganz anders sind. Die Gefahr, dass dabei die wirklich Hilfsbedürftigen in dieser Gesellschaft auf der Strecke bleiben, wird immer größer. Eine wichtige Aufgabe der PDS besteht meiner Meinung nach darin, Widerstand zu organisieren. Ich erinnere nur daran, dass die Diskussion ursprünglich darum ging, entweder das Krankengeld oder den Zahnersatz aus der gesetzlichen Versicherung zu streichen. Da der öffentliche Aufschrei nicht laut genug war, wurde beides gestrichen.

die Kosten der Sozialhilfe für das Land zu reduzieren seien. Schon ein Blick in die Struktur der Ausgaben für Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) oder ein Blick in den vom Land Berlin 2002 vorgelegten Armutsbericht genügt, um zu sehen, dass fehlende Qualifikationen, gesundheitliche Beeinträchtigungen oder das Alleinerziehen von Kindern Hauptursachen von Sozialhilfebezug sind. Nicht mit Druck, sondern indem z. B. Sozialhilfeempfangende – wie unter Rot-Rot – in Arbeit gebracht werden, lassen sich Ausgaben reduzieren. Sinnvoll an den aktuellen Vorschlägen der Opposition ist lediglich die Forderung nach einheitlichen Regelungen der Bezirke für die Leistungsgewährung innerhalb Berlins. Diese sind allerdings unter Rot-Rot bereits in Arbeit.

Eine Ungeheuerlichkeit

Lesen, was im Alltagsstress nicht zu schaffen war – auch das kann man im Sommerurlaub. So habe ich mir Herrn Strucks verteidigungspolitische Richtlinien 2003 angesehen und mit denen des CDU-Ministers Volker Rühle aus dem Jahr 1992 verglichen. Mein erster spontaner Gedanke: Das hätte sich Rühle nicht gewagt, in ein offizielles Dokument hineinzuschreiben:

„... Angesichts der gewachsenen Bedrohung des deutschen Hoheitsgebietes durch terroristische Angriffe gewinnt der Schutz von Bevölkerung und Territorium an Bedeutung und stellt zusätzliche Anforderungen an die Bundeswehr bei der Aufgabenwahrnehmung im Inland und demzufolge an ihr Zusammenwirken mit den Innenbehörden des Bundes und der Länder.“

Man traut seinen Augen kaum, die Bundeswehr im inneren Einsatz gegen den „Terrorismus“. Wer aber legt fest, was Terror in Deutschland ist? Herr Schönbohm, wenn er wieder einmal wegen seiner Vorliebe für „junge Demokraten“ als Spitzel seiner Polizei und seines Verfassungsschutzes ertappt wurde? Oder etwa die Kameraderie, die das Verfahren gegen die NPD so glücklich gegen den Baum gefahren hat?

Nach den noch immer gültigen Ausnahmegesetzen der Bundesrepublik der 80er Jahre, den berüchtigten Notstandsgesetzen, soll nunmehr eine neue unberechenbare Krake in die Gesellschaft hinein wachsen. Das Ganze ist wohl als Türöffner gedacht, wie so manches, was die SPD mit den Grünen an Tabubrüchen gegenüber vorher Undenkbarem vollbrachte.

Die Bundeswehr im inneren Einsatz – das sah und sieht das Grundgesetz nicht vor, was unsere „sozialen“ Demokraten nicht anfiicht. Sie machen in Arbeitsteilung der besonderen Art: Schröder, Eichel und Ulla Schmidt provozieren die Gesellschaft mit rasantem Sozialabbau, und ihr Kollege Struck sorgt für das Drohpotenzial für den Fall einer sozialen Explosion wie einst in Los Angeles, wo die US-Nationalgarde dann draufhielt, was das Zeug zur „Herstellung der Ordnung“ hergab.

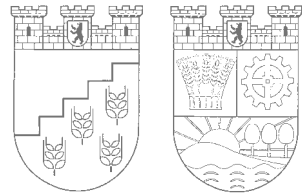
Bürger, Freunde, Linke, seid wachsam! Die Sozialdemokraten sind dabei, den Sozialstaat zu beseitigen und möglichen organisierten Widerstand dagegen als „Terror im Innern“ von der Bundeswehr bekämpfen zu lassen. Und die Wehrpflichtigen sollen da mitmachen. Schützt eure Kinder und Enkel vor solchen Oberkommandierenden! Wir dürfen die Zeichen der Zeit nicht ein zweites Mal verschlafen.

Jürgen Steinbrück – Mitglied der AG Friedenspolitik beim PDS-LV Berlin

Soziale Balance erhalten

Die sozialpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Dr. Steffi Schulze, erklärte am 25. August:

Die PDS-Fraktion hält Vorschläge von FDP und CDU in Berlin zur drastischen Kürzung der Sozialhilfe für inakzeptabel. Auch in Zeiten akuter Haushaltsnotlage muss das Land ein Gemeinwesen mit sozialer Balance bleiben. Sowohl die Vorschläge der CDU, durch Bundesratsinitiative Öffnungsklauseln bei der Zahlung der Sozialhilfe für die Länder zu erreichen, als auch die Kürzungsforderungen der FDP-Fraktion sind unsozial. Sie suggerieren, dass durch mehr Druck auf Sozialhilfeempfangende oder gar durch landeshoheitliche Leistungseinschränkungen



Vorsicht, Falle! (2)

Das Arbeitsamt – kein Freund und Helfer

In Ausgabe 6 hatte „info links“ zu schildern begonnen, mit welchen Mitteln das Arbeitsamt (AA) Leistungen für Arbeitslose „ein-sparrt“. Hier nun weitere Maßnahmen aus dem Gruselkatalog:

■ **Sperrzeit wegen Ablehnung einer Arbeitsaufnahme ohne wichtigen Grund.** Dazu werden die Angaben des Arbeitnehmers beim Arbeitgeber überprüft. Bei Zweifeln (auch geringfügigen) wird nicht zu Gunsten des Erwerbslosen geprüft, sondern es tritt die sogenannte Beweislastumkehr ein.

■ **Zugang Arbeitsloser zu Leistungen behindern.**

Im Erstgespräch nach Eintritt in die Arbeitslosigkeit (Achtung: nicht erst am Tage der beginnenden Arbeitslosigkeit beim AA melden, sondern sofort nach Erhalt der Kündigung, das kann also Wochen vorher sein und bestätigen lassen, dass man im Arbeitsamt persönlich vorstellig wurde) sollen sogenannte „Arbeitsunwillige“ herausgefiltert werden, um dadurch einen „Abgang“ von Personen aus der Statistik zu erreichen ohne selbst als Arbeitsvermittler wirksam geworden zu sein.

Auf dieses Erstgespräch sollte man sich gut vorbereiten, mögliche Einwendungen zum Beispiel zum Gesundheitszustand, zu pflegebedürftigen Personen, zur Einschränkung der Arbeitsfähigkeit und gar Bemerkungen wie: „Ich wohne sommers auf dem Grundstück!“ außen vor lassen. Nur zuhören, das eventuell bereitgestellte Informationsmaterial entgegen nehmen und zu Hause in Ruhe alles lesen, weitere Informationen einholen und dann sich gut auf ein weiteres Gespräch vorbereiten und dieses schnell vereinbaren.

■ **Sofortige Aufforderung, eigene Bemühungen um die Suche eines Arbeitsplatzes nachzuweisen.**

Hunderte Abgänge aus dem Leistungsbezug erhofft das Arbeitsamt wegen Nichtbefolgen von Meldeterminen und fehlender Nachweise der Eigenbemühungen. Letzteres kann sogar dazu führen, dass eine schon gezahlte Leistung zurückgezahlt werden muss. Als Eigenbemühungen zählen auch nicht ausgerissene Stellenangebote aus der Zeitung oder ein SIS-Ausdruck. Es müssen sogar die Kopien von Bewerbungsschreiben und der Antwortschreiben darauf vorliegen. Hinweis: Deshalb sollte bereits beim Erstgespräch die Übernahme der Bewerbungskosten beantragt werden.

Ernst Rutnik

Nachrechnen lohnt!

Die große Freude wollte mich einfach nicht überkommen, als mich jetzt der erwartete Geldregen aus Richtung Arbeitsamt erteilte. Auf Grund eines anderen Vorgangs mit Klage gegen das AA – also durch Zufall – war ich vom Sozialgericht darauf aufmerksam gemacht worden, dass mein wöchentliches Bemessungsentgelt 1999 seit Wiedereintritt in die Arbeitslosigkeit nach einer arbeitsamtsgestützten Maßnahme falsch berechnet worden ist. Glatte 110 DM als Berechnungsgrundlage weniger, was sich bald auf die Arbeitslosenhilfe übertrug.

Seit dem Verhandlungstermin im Februar hatte auch der dort anwesende Vertreter des AA meine gerichtsuntersetzte Aufforderung zur Neuberechnung der Leistungen zumindest in der Tasche. Erst ein kopiebestücktes Schreiben an Amtsdirektor Bogdahn verhalf mir nun (leise, ganz leise) zu der unerwarteten Nachzahlung.

Ein einmaliger Vorgang, zufälliges Erlebnis? In meinen Unterlagen entdeckte ich ein längst vergessenes Berechnungschaos aus dem Jahre 1996, das mich sogar an der Richtigkeit und Rechtmäßigkeit der jüngsten Korrektur zweifeln lässt: Nach einigen ABM-Monaten (im Öffentlichen Dienst) und Rückfall in die Arbeitslosenhilfe wiesen ständige Neuberechnungen für den selben Sachverhalt vier verschiedene Bruttoentgeltzahlen aus. Beim Tiefstand von 200 DM als wöchentliche Berechnungsgrundlage hatte ich dann erfolgreich Widerspruch eingelegt. Gegen Falschberechnungen können Betroffene übrigens vier Jahre lang vorgehen.

W. Erich

■ **Anmerkung der Redaktion:**

Haben auch Sie Erfahrungen mit dem Arbeitsamt, von denen andere lernen können? Dann schreiben oder schildern Sie diese „info links“!

Aus meinem Notizbuch

von Jürgen Steinbrück, Geschäftsführer der PDS-Fraktion in der BVV-Lichtenberg

■ **21. August**

Die Fraktion berät auf ihrer Klausur die politische Position zum Doppelhaushalt 2004/2005. Die Stimmung ist nicht euphorisch. Einst sind wir angetreten, dieser Gesellschaft zur Stärkung der Schwachen Zugeständnisse und Veränderungen abzurufen. Nun sind wir im Bezirk in der absoluten Mehrheit und müssen im Interesse der Menschen verantwortungsbewusst entscheiden, was aus den kargen Finanzmitteln wird. Ich glaube, in Lichtenberg gibt es niemanden, der besser versteht, was es heißt, gesellschaftliche Opposition, Kritiker der gesellschaftlichen Verhältnisse zu sein und zugleich gestaltende Verantwortung zu tragen, als die PDS-Verordneten.

■ **28. August**

Es entwickelt sich ein komisches Demokratieverständnis, ist man in der Minderheit und in den ideologischen Stricken gefangen, man könne mit der Mehrheitsfraktion nur umgehen, indem man sie beschimpft oder erpresst. Da treten doch zu Beginn der BVV-Tagung die Fraktionsvor-

sitzenden der CDU und SPD an die PDS heran mit dem Ansinnen, Drucksachen im Stimmentausch, ihr stimmt für unsere, dann stimmen wir für eure, auf die sogenannte Konsensliste zu bekommen, um so möglicher Auseinandersetzung aus dem Wege gehen zu können. Das wurde selbstredend empört abgelehnt.

Sind Vorlagen gut durchdacht, können sie ohne Debatte angenommen werden. Sind sie es nicht, müssen sie verbessert oder abgelehnt werden. Gekaupelt wird nicht.

■ **30. August**

„Der Bezirk als Bürgerkommune“ ist Thema einer PDS-Projektgruppe. Sie möchte dem Landesparteitag dazu einen Beschluss vorschlagen. Lichtenberg soll ein Pilotprojekt für erste Schritte auf eine Bürgerkommune hin entwickeln. Das kann spannend werden. Bisher haben die Wenigsten in unserer Fraktion und im ganzen Bezirk eine Vorstellung davon, wie das aussehen kann. Da ist eine Titanenarbeit zu leisten, damit die Bürger entscheiden können, was in ihren Kiezen getan und bezahlt werden soll.

Kann sich jemand das heute schon vorstellen? Und da reden immer noch welche, wir hätten keine Visionen.

„Ahrenshooper Gespräche“:

Erreichtes und Geplantes

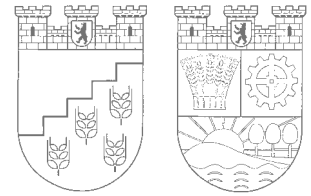
Gesine Löttsch beginnt eine neue Gesprächsreihe. Einmal im Monat lädt sie interessante Persönlichkeiten in ihr Bundestagsbüro ein. Ihre erster Gast ist die PDS-Bürgermeisterin von Lichtenberg, Christina Emmrich:

„Christina Emmrich – 281 Tage im Amt“

■ **Mittwoch, 24.9.2003, 19 Uhr**

Bundestagsbüro,
Ahrenshooper
Straße 5,
Tel.: 9927 0725





Aus meiner Sprechstunde

von Helmut Hahn,
Mitglied der BVV Lichtenberg

Nach der Wahl zum Bezirksverordneten auf der offenen Liste der PDS habe ich sofort mit der monatlichen Sprechstunde begonnen. Zuerst jeden dritten Dienstag im Monat von 15–17 Uhr, ab 2003 von 16–18 Uhr. Damit sollten auch Berufstätige bessere Möglichkeit der Nutzung erhalten. Die Termine sind in zwei Schaukästen und in verschiedenen Materialien des Kiezbeirates bekannt gemacht. Die monatlichen Sitzungen des Kiezbeirates, dem ich vorsitze, sind auch öffentlich und werden von den Bürgern genutzt.

Thematisch spannt sich der Bogen von Beschwerden wegen Schließungen öffentlicher Einrichtungen (Bibliothek, Gymnasium, Kita ...) bis zu ganz persönlichen Dingen, wie Wohnung, Steuern, Versicherungen. Ein Bürger bat z. B. um Hilfe bei der Suche nach einer kleinen Wohnung, weil er aufgrund gesundheitlicher Besserung das Seniorenheim wieder verlassen wollte. In Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt, der Ärztin und der Leiterin des Seniorenheimes wurde nach mehreren Sitzungen eine Lösung gefunden.

Am häufigsten sind Hinweise zu Problemen der Ordnung und Sicherheit. Dauerbrenner: Nicht funktionierende Beleuchtungen. Zuständigkeiten im Bezirksamt oder anderswo sind von mir als ehrenamtlich Tätigem nur mit viel Aufwand zu ermitteln. In der Bezirksverwaltung wäre eine Stelle sinnvoll, bei der alle Hinweise eingegeben werden und eine „innerbetriebliche“ Lösung oder Weitervermittlung erfolgt.

Zu einer anderen Sprechstunde erschienen die Vertreterinnen einer im Wohngebiet existierenden Seniorengemeinschaft. Sie hatten von der Absicht gehört, dass die Bildung eines Kieztreffs beabsichtigt ist, und boten ihre Mitarbeit an. Leider haben wir noch keine feste Unterkunft dafür. Auch die Antwort des Bezirksamtes auf meine jüngsten Aktivitäten in der BVV sind noch unbefriedigend.

Unsere 5 Projektvorschläge im Rahmen des „Stadtumbau Ost“-Programms, die zum Teil Anregungen aus Sprechstunden entstammen, sind leider vom Bezirksamt nicht berücksichtigt worden, weil der Rosenfelder Ring als wichtiger eingestuft wird. Die Bilanz ist gemischt. Obwohl der Kontakt im Kiezbeirat viel intensiver gepflegt werden kann und hoffentlich auch bald mit Ergebnissen belohnt wird, werde ich auf die Sprechstunde als Möglichkeit des Bürgerkontaktes nicht verzichten.



„Pepp, pepp, pepp, Pepperoni!“
Mit diesem Erkennungssignal zogen linke Amateur-Kabarettisten am Familientag auf der Karlshorster Trabrennbahn viele Zuhörer an.

Stimmungsmache

PDS keine „Ablehnungs“fraktion

In den bisher zwanzig Sitzungstagen ihrer V. Legislaturperiode hat die Lichtenberger BVV 264 Drucksachen verabschiedet. Dies zeigt eine Zwischenbilanz, die BVV-Vorsteher Rainer Bosse jetzt auf der Homepage der PDS-Fraktion (www.pds-lichtenberg.de/fraktion/positionen) veröffentlicht hat.

Darin setzt sich Bosse detailliert mit der im Sommerloch erfundenen „problematischen PDS-Mehrheit“ auseinander. Er weist nach, dass z. B. die CDU mit 96 (36,36 %) der erfassten 264 Drucksachen, noch vor der PDS rangiert. Diese brachte 81 Vorlagen (30,86 %) ein, gefolgt von der SPD, die halb so viel wie die CDU (48 = 18,8 %) in der Bezirksverordnetenversammlung einreichte.

71 (87 %) aller eingereichten CDU-Anträge wurden angenommen. Für SPD-Anträge gilt Ähnliches. Von allen im Plenum der BVV überhaupt eingereichten Anträgen wurden nicht einmal 12 % abgelehnt.

80 Drucksachen landeten per Konsens oder nach Diskussion zur Beratung in einem oder mehreren Ausschüssen. Bislang sind davon 49 durch Beschlussempfehlungen positiv beschieden, lediglich 10 Drucksachen (12,5 %) fielen durch, darun-

Von der 21. BVV-Tagung

■ Das Kinder- und Jugendparlament hat seine Ferien wohl eigenmächtig verlängert. Dafür nutzten zwei Schüler des Barnim-Gymnasiums die Bürgerfragestunde, um ihre Themen „Fahrradweg in Wartenberg“ und „Perspektive des Gutshofgebäudes“ ins Gespräch zu bringen.

■ Die BVV hat nun einen selbständigen Ausschuss für Gesundheit. Den Vorsitz führt Frau Margarethe Kehl (CDU).

■ Der regelmäßige Bericht des Bezirksamtes wurde wieder wenig attraktiv präsentiert. Die Faktenfülle ist vom Zuhörer kaum zu fassen. Sollten sich BVV und BA nicht darauf verständigen können, Berichte nur über jeweils zuvor ausgewählte und vereinbarte Schwerpunkte entgegenzunehmen?

■ Eine gute Nachricht: Alle Lichtenberger Schulanfänger, die dies wünschen, können einen Hortplatz erhalten.

■ Auch in Lichtenberg gibt es Wohnungs- und Gebäudeleerstand. Die löbliche Maxime des BA: Nutzung geht vor Abriss.

■ Wieder einmal schafften es Lichtenbergs Verordnete nicht, ihr Tagungspensum abzuarbeiten. Am 3. September mussten sie deshalb „nachsitzen“.

M. W.

ter auch 2 aus der PDS-Fraktion (also 20 % der abgelehnten). Rainer Bosse: „Von einer PDS-Ablehnungsfraktion also auch in den Ausschüssen keine Spur“.

Die PDS-Fraktion erwartet, dass die auf dem Rücken der Bürger vorgetragene Parteipolemik um „gestrichene Klinikbauten“ und „gefährdete Standesämter“ im Sommerloch verendet und die Bezirksverordneten zu ihrer kommunalen Verantwortung zurückfinden.

J. Pampel, Pressesprecher der Fraktion

Sandmännchen muss bleiben!

„Mit dem Absetzen der Sandmännchen-Sendung sind wir – wie sicherlich die meisten der in unserem Bezirk lebenden 15000 Kinder (Alter bis zu 10 Jahren) und deren Eltern – nicht einverstanden.“ Das schrieb die PDS-Fraktion dieser Tage dem Rundfunkrat von Radio Berlin-Brandenburg.

Auch Dr. Bärbel Grygier, ehemalige Bürgermeisterin von Hohenschönhausen und jetzige Vertreterin im Rundfunkrat wurde von der Fraktion um Unterstützung gebeten, damit „der kleine Botschafter für Menschenrechte, Toleranz, Offenheit und Freundschaft“ im Fernsehprogramm weiterleben kann.

J. P.



Kurz, bündig, lesbar!

BO 213 legt alternativen
Programmwurf vor

Der Entwurf der Programmkommission ist unserer Meinung nach viel zu lang, an vielen Stellen verwaschen und unklar. Schwachsätze, Modewörter und nicht enden wollende Aufzählungen behindern Lesbarkeit und Verständlichkeit zusätzlich. Der Entwurf enthält Aussagen, die unserer Bewertung erheblich widersprechen.

Der Satz der Präambel: „... wir (wollen) deutlich erkennbar darstellen, wer wir sind, was wir wollen und wie wir unsere Ziele zu erreichen suchen“ war Motivation genug, uns hinzusetzen, zu kürzen, sinnvoll umzuformulieren und zu konkretisieren. So hat unsere BO auf der Grundlage des Programmwurfs vom Februar 2003 einen „eigenen“ Entwurf erarbeitet.

Wir sind uns mit den Autoren des Februarentwurfs darin einig, dass wir in einer Gesellschaft mit kapitalistischen Rahmenbedingungen handlungsfähig sein müssen. Unser zukünftiges Programm muss sich daher an den Aufgaben der Gegenwart und Zukunft orientieren, um nachfolgenden Generationen zu ermöglichen, unsere Ideen aufzunehmen und an der Verwirklichung unserer Ziele weiterzuarbeiten. Nur so wird die PDS als linke sozialistische Kraft erhalten bleiben. Ergebnis unserer Arbeit ist der

bisher bundesweit einzige komplette Alternativenentwurf. Am 13. August gab es dazu einen regen Gedankenaustausch mit Vertretern umliegender Basisgruppen, die uns in unserem Anliegen unterstützten.

Vom Bezirksvorstand war Michael Stadler anwesend. Er informierte, dass die Lichtenberger Basiskonferenz (am 14. Oktober) zum Parteitag stattfindet. Als Mitglied der Programmkommission hatten wir Bernd Ihme eingeladen. Er verwies auf den inzwischen veröffentlichten, weiter überarbeiteten Entwurf der Programmkommission, der am 8. August mit dem Bundesvorstand abgestimmt wurde. Unser Entwurf, der der Programmkommission vorlag, hat dabei keinerlei Berücksichtigung gefunden.

Um der Basis die Möglichkeit zu geben, sich mit unserem Entwurf, den wir als Alternativenantrag an den Parteitag einreichen werden, vertraut zu machen, ist er im Internet unter www.forum.pds-online.de zu finden. Gedruckt liegt er in der Geschäftsstelle, Alfred-Kowalke-Straße 14, und im Bundestagsbüro, Ahrenshooper Straße 5, aus. Lest ihn und teilt eure Meinung uns via e-Mail (bo213hsh@gmx.de) sowie euren Parteitagsdelegierten mit.

Das Programm einer politischen Partei sollte vor allem orientieren und motivieren. Wir denken, unser Entwurf kann das, und wir freuen uns über jede Unterstützung.

BO 213, Zingster Straße

Harald Wolf und der 20. Juli 2003

Sicher kann man entschuldigen, dass ein Politiker über die Attentäter des 20. Juli so wenig weiß, dass er ernsthaft glaubt, diese hätten allesamt einen demokratischen Staat angestrebt, aber ihre Tat in eine Traditionslinie mit Robert Havemann zu setzen ist starker Tobak.

Dass ein sich als links bezeichnender Politiker den realen Sozialismus in eine Reihe mit dem Faschismus stellt, ist nicht nur eine Gemeinheit, sondern eine Verharmlosung der Verbrechen des Faschismus. Es ist wahrlich eine für einen PDS-Politiker bemerkenswerte Erkenntnis, dass „die Befreiung von der Nazi-Diktatur ... für Ostdeutschland und die Völker Ost-Mitteleuropas keineswegs das Ende der Unfreiheit (bedeutete).“ Und: „Die Sehnsucht der Menschen nach Frieden und Freiheit nimmt manchmal tragische Umwege. Aber sie hat in Europa zum Ziel geführt.“

Diese Einschätzung nach dem Krieg gegen Jugoslawien, nach den Unruhen in Ir-

land, nach der Auseinandersetzung um das Baskenland ist wirklich erstaunlich. Auch die „demokratische“ Herrschaft eines Berlusconi in Italien, die „Freiheit“ des türkischen, des kurdischen Volkes und der Serben im Kosovo oder die „überaus freundliche“ Aufnahme von Fremden, wenn diese Asyl begehren oder vor dem Verhungern aus ihren Ländern fliehen, zeigen doch wirklich, unter welcher „paradiesischen“ Verhältnissen die Menschen in Europa leben.

So ist es folgerichtig, dass Europa diese auch militärisch in die ganze Welt tragen muss. Unter diesen Umständen braucht das an diesem Tag stattfindende „öffentliche“ Gelöbnis der Bundeswehr nicht erwähnt zu werden. Daran stoßen sich ja nur ein paar Kriegsdienstverweigerer.

Nun steht die Frage, wogegen will die PDS in Berlin opponieren, oder ist ihr allein das Regieren wichtig? Jedenfalls hörte ich solche Reden bisher von Vertretern der rechten „Volks“parteien. Harald Wolf hat sein Mandat mit den Stimmen der Lichtenberger bekommen. Wie lange wollen wir als PDS solche Politik in Berlin noch mitmachen?

Dieter Voigt, 10318 Berlin

Reform im Sommerloch

Seit 1996 interessieren sich die Medien besonders im Juli und August für die deutsche Rechtschreibung. Geradezu einen Boom erlebte die Debatte 1997. Ähnliches wiederholte sich 1998 und 2000 sowie in den letzten beiden Monaten. Doch die Annahme, dies sei dem „Sommerloch“ geschuldet, wäre falsch. Es gab Anlässe. Die meisten deutsch Schreibenden und Lesenden lehnen bekanntlich die angebliche „Reform“ ab. Der Widerstand gegen das Bestreben, das Projekt auch gegen begründete Einwände durchzudrücken, befand sich 1997 auf dem Höhepunkt. Am 14. Juli 1998 leistete das Bundesverfassungsgericht den „Reformern“ und ihrer Verleger-Lobby Schützenhilfe. Zu gelten habe die „Reform“ nur für Schule und Behörden, so die beschwichtigende, aber unzutreffende Begründung. Denn bald beugten sich auch Agenturen und Printmedien dem Diktat. Dann schien es, als hätten die Kritiker resigniert, als sei das Thema ad acta gelegt.

Im Sommer 2000 kehrte die FAZ zur alten Norm zurück. Die Verfechter der „Reform“ verweigern sich wie eh und je einer Diskussion. Die meisten Kritiker begrüßten die FAZ-Initiative und beweisen so erneut die Rückwärtsgewandtheit ihrer Position. Auch „Rechtschreibebell“ Denk (so ND am 17.7.2003) fordert lediglich die Rücknahme der „total missglückten Reform“. Doch das ist zu wenig. Wenn sich nachweisen lässt, dass die Fehlerquote bei Groß- und Kleinsowie Getrennt- und Zusammenschreibung höher ist als früher, dann müsste zumindest in dieser Hinsicht etwas geschehen. Dies wäre auch sofort möglich – durch Abschaffung der überflüssigen Großbuchstaben und die konsequente Getrenntschreibung selbständiger Wörter (also ab geht wie geht ab). Das dringende Anliegen einer echten Reformierung der noch nie reformierten deutschen Rechtschreibung bedürfte allerdings einer unter Umständen noch Jahrzehnte dauernden gründlichen Vorbereitung.

Prof. Dr. Ronald Löttsch
→ Siehe auch: R. Löttsch, „Die ‚Rechtschreibreform‘ und ihre ‚utopische‘ Alternative“, in: UTOPIE kreativ 85/86, S. 21–48.

■ Öffentliche Beratungen des Kiezbeirates Gensinger Straße:

9.9. und 14.10., jeweils 17 Uhr

■ Sprechstunden des Bezirksverordneten Helmut Hahn:

16.9. und 21.9., jeweils 16–18 Uhr

Veranstaltungsort ist das Seniorenheim „Kursana“, Gensinger Straße 103.

Danke für die Anregungen

Liebe Leserinnen, liebe Leser, gewiss erinnern Sie sich: Der diesjährigen dritten Ausgabe von „info links“ war ein Fragebogen beigelegt, der Ihre Meinung, Ihre Kritik, Ihre Anregungen und Wünsche zur Zeitung erkunden wollte. Zugegeben: Es hat etwas gedauert, bis die ausgefüllten Fragebögen endlich wieder bei uns eintrafen und ausgewertet werden konnten.

53 Leser haben reagiert. Dafür und für die insgesamt 79 detaillierten Anregungen und Kritiken, die nun systematisch von der Redaktion beraten werden, danken wir herzlich. Denn Sie haben deutlich gemacht, dass Ihnen die Qualität Ihrer „info links“ nicht gleichgültig ist. Mehr noch: Sie haben zum Ausdruck gebracht, dass Sie in „info links“ (und ihren Beilagen) ein unverzichtbares Instrument der Vermittlung von PDS-Politik sehen.

Sechs Befragte wollen künftig aktiv an dieser Aufgabe mitwirken, indem sie hin und wieder Beiträge für „info links“ schreiben. Das wird uns zweifellos inhaltlich bereichern. Und zehn gaben ungefragt an, dass sie „info links“ regelmäßig verteilen. Ihnen als den unverzichtbaren Gliedern in der Kette von der Redaktion zum Leser gilt ein ganz besonderer Dank.

Etwa jeder vierte zurückgegebene Fragebogen stammt von Bürgern, die nicht der PDS angehören. Darüber freuen wir uns natürlich sehr. Sie sehen in „info links“ ein nützliches Mittel demokratischer Information und Meinungsäußerung im Bezirk und möchten dieses ausgebaut sehen.

Zur Altersstruktur unserer Leserinnen und Leser, wobei die Einschränkung gilt, dass eben nur 53 von gut 10000 Befragten erfasst wurden: Von diesen aber sind etwa 39% zwischen 60 und 70 Jahre alt und 44% 70 Jahre und älter! Knapp acht Prozent der Leser sind unter vierzig Jahre alt.

Die Hälfte der Befragten gab an, alle Beiträge einer Ausgabe zu lesen, 16% interessierte höchstens die Hälfte dessen, was „info links“ bildlich und textlich anbot. 85% der Befragten empfehlen (und geben) die Zeitung weiter.

Die Befragten fühlen sich im allgemeinen gut informiert. Das betrifft besonders die Arbeit von Gesine Löttsch als Bundestagsabgeordnete sowie das Wirken der Lichtenberger PDS. Mehr Informationen werden über die Landespolitik (und die Haltung der PDS dazu) und vor allem über die Lichtenberger Kommunalpolitik verlangt. Da müssen, da wollen wir deutlich besser werden.



Foto: Klaus Singer

Neunzehn Befragte vermissten bestimmte Themen (Sport in Lichtenberg, Kulturkritiken, Kinder- und Jugendthemen, kiezbezogene Informationen). „info links“ sieht diese Defizite auch. Sie zu beheben braucht es aber weitere Mitstreiter in der Redaktion, die Bild- und Textbeiträge anbieten oder vermitteln. Also, „Sportreporter“, meldet euch!

Nicht alle fanden die Terminrubrik gut. Hier wurde vor allem kritisiert, dass viele Veranstaltungen schon vorbei waren, wenn die Zeitung im Briefkasten war. Ein Vorwurf, den weniger die Redaktion trifft, als die späte Verteilung in mancher Basisorganisation.

Neun von zehn Befragten lobten das Layout, jeder zehnte war für mehr Bilder und graphische Elemente. Forderungen nach durchgängigem Farbdruck und Farb-

Dr. Gesine Löttsch und Pascal Detzler ermitteln den Gewinner

fotos auf allen Seiten findet die Redaktion verständlich, deren Umsetzung allerdings ist nicht bezahlbar. Die Zeitung wird ja nach wie vor durch Spenden finanziert.

Schließlich: Umfang und Erscheinungsfrequenz der Zeitung wurden nicht beanstandet. Beides liegt im Rahmen dessen, was eine ehrenamtliche Redaktion von derzeit sieben Mitgliedern zu leisten vermag.

Die Redaktion dankt noch einmal allen aktiv Beteiligten und besonders Pascal Detzler, der die Umfrage initiierte und auswertete. Unter den Einsendern des Fragebogens wurde Ronald Preisler aus 10318 Berlin ausgelost. Er wird mit MdB Gesine Löttsch im Bundestagsrestaurant zu Mittag essen. „info links“-Redaktion

Verstärkung gesucht

Nein, wie die sieben Schwaben fühlen sich die sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der „info links“-Redaktion nicht. Sie versuchen vielmehr unerschrocken von Monat zu Monat neu, die acht Zeitungsseiten mit Text- und Bildinformationen sowie Argumenten für die Lichtenbergerinnen und Lichtenberger zu füllen. Das gelingt ihnen mal besser, mal weniger gut; die Umfrage zeigte es. Schließlich sind nur der Layouter und der Pressesprecher der Fraktion Profis.

Deshalb sucht die Redaktion Verstärkung. Müssen Sie „Profi“ sein, sich im Zeitungsmachen auskennen? Keineswegs. Gefragt sind Ideen, sind Informationen aus den vielen Kiezen im Bezirk, aus Sport-, Kultur- und anderen Vereinen sowie aus der Jugendszene. Und wenn Sie nicht schreiben, zeichnen oder fotografieren, so kennen Sie jemanden, der das gern tut. Bitten Sie ihn, mit „info links“ zu sprechen. Regelmäßiges, aber auch loses Mitmachen hilft uns sehr, besser, gehaltvoller und somit nützlicher für Sie zu werden. Also Mut. Martin Walter



Buch-Tipp



Ostdeutsches Memorandum 2003

Nach nunmehr elf Jahren ein neues Ostdeutsches Memorandum. Denn auch dreizehn Jahre nach Deutschlands Einheit hat der Osten in der Politik der Bundesrepublik keine Stimme. Die „innere Einheit“, bis vor wenigen Jahren höchstes Ziel, gibt es nicht. Ostdeutschland ist die größte geschlossene Krisenregion der EU geworden – was die osteuropäischen EU-Kandidaten und Partner nachdenklich machen sollte.

Kompetente Persönlichkeiten Ostdeutschlands bilanzieren den bisherigen Verlauf des Einigungsprozesses. Der Herausgeber des Memorandums will nichts Unmögliches. Er hat weder Patentrezepte noch politische Macht. Er sieht sich als außerparlamentarisches Netzwerk sozialer Bewegungen und Friedensinitiativen, ist nicht parteilich gebunden und arbeitet vor allem an der Basis. Doch die in dem

Memorandum gebündelten Erkenntnisse kann sich eine sozialistische Partei wie die PDS zunutze machen.

Inge Junginger

- „Ostdeutsches Memorandum 2003“, Hrsg.: Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden e.V., erhältlich in der Geschäftsstelle der GBM (2 €), Weitlingstraße 89, Telefon 557 8397

Siegerjustiz?

Die Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e.V. hat nun nach über zehn Jahren politischer Strafverfolgung infolge der staatlichen Einheit Deutschlands das Buch „Siegerjustiz?“ mit Beiträgen von Juristen, Rechtswissenschaftlern und ehemaligen Mitarbeitern des MfS herausgebracht. Darin werden die Mechanismen der juristischen Abrechnung mit DDR-Amtsträgern bloßgestellt und wichtiges Zahlenmaterial über das Ausmaß der Strafverfolgung geliefert. Hans Modrow schrieb ein Geleitwort. Prof. Dr. Erich Buchholz nennt diese Art Urteile beim richtigen Namen: Es sind selbst Unrechtsurteile!

Gudrun Benser

- „Siegerjustiz?“, Hrsg.: Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e.V., Kai Homilius Verlag Berlin 2003, 34 Euro

Star Trek in Lichtenberg

Für alle Star-Trek-Fans gibt's im Bundestagsbüro von Gesine Löttsch, Ahrenshooper Straße 5, diese Kinoveranstaltungen:

- Star Trek VI – Das unentdeckte Land Donnerstag, 18. September, 20 Uhr
- Star Trek VII – Treffen der Generationen Freitag, 19. September, 20 Uhr
- Star Trek VIII – Der erste Kontakt Sonnabend, 20. September, 20 Uhr
- Star Trek IX – Der Aufstand Sonntag, 21. September, 20 Uhr

Baumpaten gesucht!

Lichtenbergs Baumbestand muss erhalten werden! Wer möchte deshalb mit Gesine Löttsch einen Baum in Lichtenberg pflanzen und pflegen? Interessenten wenden sich bitte an Wahlkreismitarbeiterin Hendrikje Klein (Telefon 9927 0725).

„Stunde der Violine“, Alte Pfarrkirche Lichtenberg, Möllendorffstraße, Samstag, 27.9., 18 Uhr, Eintritt frei

Multikulturelles Fest

28 Vereine des Verbandes für Interkulturelle Arbeit in Berlin/Brandenburg stellen Proben ihrer Arbeit vor.
Donnerstag, 25.9., ab 15 Uhr
im Jugendbildungs- und -begegnungszentrum, Bornitzstraße 101

Termine

- **Dienstag, 9.9., 17–18 Uhr****
Sprechstunde MdB Dr. Gesine Löttsch
- **Dienstag, 9.9., 19 Uhr***
Sitzung des Bezirksvorstandes
- **Donnerstag, 11.9., ab 15 Uhr**
„Chile-Tag“ zum Gedenken an den Putsch gegen die Unidad-Popular-Regierung am 11. September 1973; KULTschule, Sewanstraße 43
- **Montag, 15.9., 19 Uhr**
„Die PDS vor dem Chemnitzer Parteitag“, mit H. Werner und St. Schulze; „Kiezspinne“, Harnackstraße 25
- **Montag, 15.9., 19 Uhr**
PDS-Fraktionsversammlung; Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **Dienstag, 16.9., 19 Uhr***
Beratung mit den Vorsitzenden der Sprecherräte (Lichtenberg)
- **Mittwoch, 17.9., 17 Uhr**
BVV-Tagung, zuvor um 16.30 Uhr Bürgerfragestunde; Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103
- **Sonntag, 21.9., 10 Uhr**
4. Tagung des 8. Landesparteitages der PDS Berlin; CORVUS GmbH, Herzbergstraße 84
- **Sonntag, 21.9., 10 Uhr***
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Was bringt die europäische Verfassung dem Bürger?“, mit E. Faude u. a.
- **Mittwoch, 24.9., 18.30 Uhr**
Beratung mit den Wahlkreisaktiven (Hohenschönhausen); Matenzeile 26
- **Dienstag, 23.9., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Donnerstag, 25.9., 18.30 Uhr**
Zum überarbeiteten Programmentwurf, mit Dr. Bernd Ihme; KULTschule
- **Sonntag, 28.9., 10 Uhr**
Ehrung der Antifaschisten Käthe und Felix Tucholla (60. Jahrestag ihrer Ermordung), Tuchollaplatz
- **Freitag, 3.10.**
Einheizmarkt; Schlossplatz Berlin-Mitte
- **Sonabend/Sonntag, 25./26.10.**
2. Tagung des 8. Bundesparteitag (Programmparteitag); Chemnitz

* Veranstaltungsort: Alfred-Kowalke-Straße 14

** Veranstaltungsort: Ahrenshooper Straße 5

Info links

Herausgeber:
PDS-Bezirksverband Lichtenberg
Redaktionskollektiv, v. i. S. d. P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion:
Geschäftsstelle der PDS
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47
Fax: 030/51 65 92 42

E-mail: lichtenberg@pds-berlin.de
Web: www.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss: 31.8.2003

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 8/2003: 9.9. und 23.9.2003, jeweils 16 Uhr
Redaktionsschluss für Ausgabe 8/03: 23.9.2003
Die nächste Ausgabe erscheint am 2.10.2003.

Druck: Druckerei Bunter Hund
Gestaltung: Jörg Rückmann
Die Herstellung dieser Zeitung wird durch Spenden finanziert.